Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2025/4206

20.8.2025

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Reindustrialisierung Europas – Chancen für Unternehmen, Beschäftigte und Bürger vor dem Hintergrund der Krise der Lebenshaltungskosten

(Initiativstellungnahme)

(C/2025/4206)

Berichterstatter: **Andrés BARCELÓ DELGADO (ES-I)**
Ko-Berichterstatterin: **Monika SITÁROVÁ (SK-Kat. 2)**

Berater	Vega GIL OYAREGUI (für den Berichterstatter der Gruppe I) Juan José LUIS DELGADO (für die Ko-Berichterstatterin der Kategorie 2)
Beschluss des Plenums	5.12.2024
Rechtsgrundlage	Artikel 52 Absatz 2 der Geschäftsordnung
Zuständiges Arbeitsorgan	Beratende Kommission für den industriellen Wandel (CCMI)
Annahme im Arbeitsorgan	4.6.2025
Verabschiedung im Plenum	18.6.2025
Plenartagung Nr.	597
Ergebnis der Abstimmung (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/ Enthaltungen)	197/0/2

PRÄAMBEL

Diese Stellungnahme ist Teil eines größeren Pakets von Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) zur Lebenshaltungskostenkrise. Im Rahmen dieses Pakets untersucht der EWSA die verschiedenen Facetten dieser politischen Herausforderung und legt den europäischen und nationalen politischen Entscheidungsträgern, den Organisationen der Zivilgesellschaft und sonstigen Interessenträgern umfassende und weitreichende Empfehlungen vor. Das Paket besteht aus sieben Einzelstellungnahmen ([1]), die sich jeweils mit einem konkreten Politikbereich befassen. Zusätzlich werden in einer Rahmenstellungnahme ([2]) übergreifende politische Empfehlungen zur Bewältigung der Lebenshaltungskostenkrise insgesamt und zur Stärkung der Resilienz gegenüber künftigen Krisen formuliert.

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1.1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßt die Kommissionsinitiative „Kompass für Wettbewerbsfähigkeit“, deren Schwerpunkt die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ist, um den Rückstand gegenüber den USA und Asien aufzuholen. Um diesbezügliche Entwicklungsfortschritte zu machen, sollten klare Leistungskennzahlen herangezogen werden, mit deren Hilfe die EU-Organe und die Interessenträger die Erfüllung aller im Kompass enthaltenen Aufgaben überwachen können. Um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu verbessern, sind auch mehr private und öffentliche Investitionen erforderlich.

([1]) EWSA-Stellungnahmen „Reindustrialisierung Europas – Chancen für Unternehmen, Beschäftigte und Bürger vor dem Hintergrund der Krise der Lebenshaltungskosten“, „Die Krisen überwinden – Maßnahmen für eine resiliente, von Zusammenhalt geprägte und inklusive europäische Wirtschaft“ (ABl. C, C/2025/3195, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3195/oj) „Funktionale Schwachstellen des Binnenmarktes als Ursache für steigende Lebenshaltungskosten“ (ABl. C, C/2025/3189, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3189/oj) „Abbau von Subventionen für fossile Brennstoffe bei gleichzeitiger Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit Europas, Eindämmung der Lebenshaltungskostenkrise und Förderung eines gerechten Übergangs“ (ABl. C, C/2025/3191, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3191/oj), „Fragmentierung von Lieferketten und Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten“ (ABl. C, C/2025/4209, 17.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4209/oj), „Kaufkraftverlust und Gefahr zunehmender Ungleichheit, Ausgrenzung und Marginalisierung – mögliche Abhilfemaßnahmen“ (ABl. C, C/2025/4208, 17.8.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/4208/oj) „Preiserhöhungen für Verkehr, Energie und Wohnraum: hochwertige öffentliche Dienstleistungen zur Bewältigung der hohen Lebenshaltungskosten“ (ABl. C, C/2025/3192, 2.7.2025, ELI: http://data.europa.eu/eli/C/2025/3192/oj).

([2]) ECO/660 „Empfehlungen der organisierten Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Krise der Lebenshaltungskosten“ (in Erarbeitung).

1.2. Das Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 enthält auch einen Aktionsplan für erschwingliche Energie. Der EWSA appelliert an die Kommission, dafür zu sorgen, dass der Plan eine sichere Stromversorgung sowie stabile, wettbewerbsfähige und vorhersehbare Preise gewährleistet. Er sollte außerdem CO_2-arme flüssige oder gasförmige erneuerbare Kraftstoffe nicht biogenen Ursprungs (RFNBO) berücksichtigen.

1.3. Die offene strategische Autonomie muss den Mittelpunkt der Reindustrialisierung bilden. Sie erfordert eine gesicherte Rohstoffversorgung, die Diversifizierung der Bezugsquellen und eine widerstandsfähigere europäische Wirtschaft. Um die Unternehmen zu ermuntern, ihre Produktion in der EU anzusiedeln, empfiehlt der EWSA eine Industriepolitik auf der Grundlage von Wertschöpfungsketten, bei der sowohl vor- als auch nachgelagerte Fertigungsschritte im Übergang als gleich wichtig angesehen werden. Dies kann durch vermehrte Partnerschaften mit Drittländern sichergestellt werden. Überdies sind bei gleichzeitiger Einhaltung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards schlankere Genehmigungsverfahren erforderlich, um das Wachstum der heimischen mineralgewinnenden Industrie in der EU zu unterstützen.

1.4. Die EU-Gesetzgeber müssen den anstehenden Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie nutzen, um die Nachhaltigkeit von alternativen Konzepten und Geschäftsmodellen der Kreislaufwirtschaft sicherzustellen, indem sie Unternehmen, die sich für den Übergang einsetzen, schnellere Genehmigungsverfahren sowie finanzielle und politische Unterstützung anbieten. Der vorgeschlagene Rechtsakt über die Kreislaufwirtschaft sollte ein klares Signal der Unterstützung kreislauforientierter Unternehmen aussenden und Investoren die Gewissheit geben, dass die EU das ideale Umfeld für die Entwicklung sauberer Lösungen ist.

1.5. Der soziale Dialog, einschließlich Tarifverhandlungen, muss in den Prozess der Reindustrialisierung eingebettet werden, um den sozialen Aspekt des Binnenmarkts zu stärken.

1.6. Die Reindustrialisierung erfordert ein gesondertes Innovationsprogramm mit genauen Zielen, die sowohl bestehende Wirtschaftszweige als auch neue Entwicklungen betreffen und auf dem sozialen Dialog beruhen. Dieses Programm erfordert öffentliche Investitionen, die mit Sozialauflagen einhergehen müssen, wie sie im Deal für eine saubere Industrie dargelegt werden.

1.7. Zur Ankurbelung der Industrieinvestitionen empfiehlt der EWSA der EU öffentlich-private Partnerschaften, die insbesondere auch das Unternehmertum junger Menschen im verarbeitenden Gewerbe berücksichtigen sollten. Das Programm sollte die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen fördern, um Innovationen und die Vermarktung neuer Technologien zu beschleunigen.

1.8. Der EWSA fordert, in der bevorstehenden Kommissionsinitiative zur Union der Kompetenzen eine EU-weite direkte automatische Anerkennung und Validierung der Kompetenzen von Arbeitnehmern vorzusehen, sobald diese von den Behörden eines Mitgliedstaats anerkannt worden sind. Dies wäre auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau. Die Kommission muss ein EU-weites Programm auflegen, um junge Menschen für angemessen bezahlte Lehrlingsausbildungen in der Industrie zu gewinnen und so einen robusten Personalbestand zu fördern. Sie sollte außerdem Instrumente für die Antizipation und die Bewältigung des Wandels entwerfen und einen Weg für einen gerechten Übergang aufzeigen, der die Weiterqualifizierung und Umschulung der Arbeitskräfte im Rahmen des sozialen Dialogs umfasst.

1.9. Das Programm für ein umweltgerechtes öffentliches Beschaffungswesen bietet die Gelegenheit, die Nachhaltigkeitsbemühungen der europäischen Unternehmen in nichtdiskriminierender Weise zu fördern und anzuerkennen.

1.10. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die industrielle Produktion in der EU zu halten und auszubauen, sollen die Omnibus-Pakete nach Ansicht des EWSA die Kohärenz der Vorschriften und die Rechtssicherheit für Unternehmen und Arbeitnehmer gewährleisten. Außerdem sollen die Genehmigungsverfahren gestrafft werden, indem sie klarer, schneller und vorhersehbarer werden, und die Arbeitsabläufe für die Berichterstattung sollen reduziert und redundante Meldungen vermieden werden. Eine EU-weite Harmonisierung der Standards für saubere Technologien kann den Unternehmen auch den Marktzugang und die Einhaltung der Vorschriften erleichtern.

2. **Allgemeine Bemerkungen**

2.1. Einige makroökonomische Indikatoren zeichnen das Bild einer europäischen Wirtschaft mit sinkender Inflation, sehr niedriger Arbeitslosigkeit und Energiekosten, die niedriger sind als während der Energiekrise 2022. Dennoch musste in der Eurobarometer-Umfrage der Europäischen Kommission vom Herbst 2022 festgestellt werden, dass für 93 % der Menschen in Europa die **steigenden Lebenshaltungskosten** das größte Problem darstellen ([3]). Die Lebenshaltungskosten (42 %) und die wirtschaftliche Lage (41 %) waren die wichtigsten Beweggründe der Bürger in Europa zur Teilnahme an den Europawahlen im Juni letzten Jahres ([4]). Darüber hinaus gaben in der jüngsten großen Erhebung von Eurofound 2024 mehr Befragte an, dass es für sie im Vergleich zum Vorjahr schwieriger sei, finanziell über die Runden zu kommen – 30 % der Befragten bezeichneten ihre finanzielle Situation als schwierig oder sogar sehr schwierig. Im Jahr 2023 waren es nur 22 % ([5]).

2.2. Europa steht derzeit vor der **doppelten Aufgabe**, die Krise in Bezug auf die Lebenshaltungskosten zu bewältigen und die langfristigen Folgen der Deindustrialisierung umzukehren. Beide Aufgaben sind eng miteinander verknüpft und für Unternehmen, Arbeitnehmer und Bürger in der gesamten EU von großer Tragweite.

2.3. Die **Lebenshaltungskosten** werden hauptsächlich durch folgende Faktoren in die Höhe getrieben:

2.3.1. Die **Inflation** stieg 2021 aufgrund der raschen wirtschaftlichen Erholung nach COVID-19 auf 2,9 %. Durch den Krieg in der Ukraine und die Energiekrise stieg die Inflationsrate im Jahr 2022 auf 9,2 %. Nach einem leichten Rückgang auf 6,4 % schwächte sich die Inflationsrate 2024 weiter auf 2,6 % ab. Die gefühlte Inflation ist jedoch unvermindert stark, denn die Preise für die Artikel im Warenkorb privater Haushalte steigen unablässig ([6]). Die Kaufkraft wurde dadurch erheblich geschwächt, was zu einem enormen finanziellen Druck auf Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen geführt hat.

2.3.2. Obwohl die **Großhandelspreise für Strom und Gas** seit Ende 2022 erheblich gesunken sind, sind sie nach wie vor doppelt so hoch wie in der Vergangenheit, wobei sich Regulierungsmaßnahmen, Marktbedingungen und anhaltende geopolitische Spannungen auf die Preisschwankungen auswirken ([7]). Die jüngste Reform des Strommarkts hatte nicht das gewünschte Ergebnis, da es die Merit-Order (das Grenzpreissystem) den Verbrauchern nicht gestattet, in vollem Umfang vom Einsatz erneuerbarer Energien zu profitieren. Im Draghi-Bericht wurde auf die große Kluft bei den Strom- und Gaspreisen zwischen der EU und den USA hingewiesen ([8]). Die Energiekosten sind nicht nur für die Industrie, die zusammen mit dem Verkehr einer der größten Energieverbraucher ist, sondern auch für die einkommensschwächsten Haushalte ein großes Problem.

2.3.3. Die dadurch verursachte **wirtschaftliche Ungleichheit** ist vielfältig und vielschichtig und macht sich bei Einkommen, Gesundheitsversorgung und Bildung geltend. Für die Reallöhne in der EU wurde für 2024 immer noch ein Niveau vorausgesagt, das 1,1 % unter dem Niveau von 2019 liegt. Viele Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen spüren nach wie vor die negativen Auswirkungen der hohen Inflation auf ihre Kaufkraft. Insbesondere leiden die Arbeitnehmer stärker als 2022 unter materiellen und sozialen Erschwernissen und finanziellen Notlagen ([9]). einige gesellschaftliche Gruppen sind unverhältnismäßig stark betroffen. Dies gilt insbesondere für Geringqualifizierte, Frauen und junge Menschen. Die Langzeitwirkungen müssen noch untersucht werden ([10]).

2.3.4. Die Krise bezüglich der Lebenshaltungskosten, der starke Anstieg der Energiepreise und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben die Frage der **Erschwinglichkeit von Wohnraum** dramatisch verschärft. Darüber hinaus haben strukturelle Faktoren wie Verstädterung, demografischer Wandel und Immobilienspekulationen die Wohnkosten in die Höhe getrieben ([11]). Überteuertes Wohnen ist nicht nur für die ärmeren Haushalte, sondern auch für Haushalte mit mittlerem Einkommen und junge Menschen problematisch. Erschwinglicher Wohnraum ist wahrscheinlich das größte Problem junger Menschen, das sie daran hindert, ein unabhängiges Leben zu beginnen. Ende 2023 war der Arbeitsmarkt für junge Menschen zwar besser als in den Vorjahren, doch wird ihr Weg in ein unabhängiges Leben durch viele Hindernisse, wie die steigenden Lebenshaltungskosten und die Unmöglichkeit, aus dem Elternhaus auszuziehen, erschwert ([12]).

([3]) Eurobarometer 2022.
([4]) Eurobarometer 2024.
([5]) *Quality of life in the EU in 2024 – Results from the Living and Working in the EU e-survey*, 2025, Eurofound.
([6]) Eurostat.
([7]) *Energy prices and costs in Europe*, Europäische Kommission, 2024.
([8]) Mario Draghis Bericht über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit.
([9]) *Labour Market and Wage Developments in Europe, Annual Review 2024* (Arbeitsmarkt- und Lohnentwicklungen in Europa, Jahresbericht 2024). GD Beschäftigung, Europäische Kommission.
([10]) Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen, 2021.
([11]) EPRS, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments, 2024.
([12]) Eurofound, 2023.

2.4. **Deindustrialisierung** in Europa

In den letzten Jahrzehnten hat Europa eine Deindustrialisierung durchlaufen, die immer noch andauert und durch einen stetigen Rückgang des Anteils des verarbeitenden Gewerbes an der Gesamtwirtschaft geprägt ist. In den letzten Jahren ist der Anteil der Industrie am BIP von 21,0 % im Jahr 2005 auf 18,5 % im Jahr 2022 zurückgegangen ([13]). Im verarbeitenden Gewerbe sind seit 2008 EU-weit unaufhaltsam Arbeitsplätze verloren gegangen, was sich nicht nur auf Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation, sondern auch auf hochqualifizierte Fachkräfte auswirkt ([14]). Dieser Wandel ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen:

2.4.1. Globalisierung: In der Vergangenheit haben Unternehmen aus Kostengründen Lieferketten und Produktionskapazitäten ausgelagert. Die Verlagerung des verarbeitenden Gewerbes in Regionen mit niedrigeren Arbeitskosten hat zur Auslagerung der Produktion, Standortschließungen sowie zum Verlust von Arbeitsplätzen in Europa geführt.

2.4.2. Schleppende technologische Anpassung und unzureichende Investitionen in Innovationen: Durch die Fortschritte bei der Automatisierung und Digitalisierung sind traditionelle Industriearbeitsplätze wegrationalisiert worden; es ist ein Missverhältnis zwischen den Qualifikationen der Arbeitskräfte und dem Bedarf in der modernen Industrie entstanden.

2.4.3. Politischer Schwerpunkt auf Dienstleistungen: Viele europäische Volkswirtschaften haben stark auf die Dienstleistungsbranchen gesetzt, was in einigen Fällen dazu geführt hat, dass das traditionelle verarbeitende Gewerbe ins Abseits geraten ist. Diese Verlagerung hat zum Rückgang der industriellen Tätigkeiten beigetragen und deutlich gemacht, dass hier ein ausgewogenerer politischer Ansatz vonnöten ist.

2.4.4. Die Industrie- und Handelspolitik der EU, die Umwelt- und Ordnungspolitik, der demografische Wandel, der Arbeitskräftemangel, unzureichende Investitionen und die sinkende Wettbewerbsfähigkeit haben die Deindustrialisierung noch zusätzlich angetrieben.

2.4.5. Die Deindustrialisierung hat weitreichende Folgen. Regionen, die einst durch ein florierendes verarbeitendes Gewerbe geprägt waren, leiden heute unter wirtschaftlicher Stagnation und höherer Arbeitslosigkeit, und die Unterschiede zwischen den Regionen nehmen zu. In der COVID-19-Pandemie hat sich gezeigt, dass Europa durch den Verlust industrieller Kapazitäten in eine Abhängigkeit von Einfuhren geraten und mittlerweile den Schwachstellen in den globalen Lieferketten und den Energiemärkten ausgesetzt ist.

2.5. **Die Industrie steht wieder auf der politischen Agenda**

Die Reindustrialisierung wäre die beste Option und aus folgenden Gründen ein strategischer Weg:

2.5.1. Wirtschaftliche Resilienz: Höhere Gesamtbetriebskosten, die auch in Drittländern rasch steigenden Löhne, steigende Transportkosten, höhere Einfuhrzölle und -kosten sowie potenzielle Versorgungsunterbrechungen mindern den bisherigen Kostenvorteil ausgelagerter Lieferketten. Durch die Steigerung der lokalen Produktion und die Verringerung der Abhängigkeit von volatilen globalen Lieferketten kann Europa seine wirtschaftliche Stabilität und strategische Autonomie stärken.

2.5.2. Innovationsförderung: Die Industrie ist der Hauptmotor bei Produkt-, Verfahrens- und Dienstleistungsinnovationen. Die neuen Herausforderungen (Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Robotik und Kreislaufwirtschaft) sind eine große Chance für die EU. Die Reindustrialisierung wird nun durch Industrie 5.0 gestaltet und definiert. Ziel ist die Schaffung einer modernen, wettbewerbsfähigen und nachhaltigen industriellen Basis.

2.5.3. Fortschritte bei der Nachhaltigkeit: Nachhaltige Verfahren und Kreislaufwirtschaft in der Industrie könnten der EU bei der Verwirklichung ihrer ehrgeizigen Klimaziele helfen und sie weniger rohstoffabhängig machen und dazu noch neue Marktchancen eröffnen.

2.5.4. Schaffung guter und sicherer Arbeitsplätze in Verbindung mit einem stetigen sozialen Dialog: Die Industrie fördert die Beschäftigung und sorgt für soziale Integration und Stabilität.

2.5.5. In einigen Ländern hat sich die Firmenübernahme durch Arbeitnehmer in Form von Genossenschaften als erfolgreich erwiesen. Diese Methode könnte auch auf andere EU-Länder übertragen werden. Wenn sie gut strukturiert ist, können mit ihrer Hilfe Arbeitsplätze gerettet und Produktionsstätten erhalten werden.

([13]) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP, Eurostat, 2024.
([14]) *The changing structure of employment in the EU: Annual Review 2023*, Eurofound, 2023.

2.6. **Strategischer politischer Kontext**

Die europäische Industrie muss zu ihren wichtigsten Handelspartnern wie den USA und China aufschließen – politische Initiativen im Einklang mit dem Draghi-Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der EU und Initiativen der EU-Kommission können ihr dabei helfen.

2.6.1. Der Deal für eine saubere Industrie wird einen klaren Weg aufzeigen, wie Dekarbonisierung, saubere Technologien und Investitionsanreize in den Mittelpunkt gerückt werden können. Die Kommission wirkt an einem wachstumsfördernden Rechtsrahmen mit, indem sie die Industrie in deren Bemühungen um Innovation, Expansion, Herstellung von Produkten und Erbringung von Dienstleistungen unterstützt. Sie arbeitet dabei mit allen Interessenträgern zusammen, um passgenaue Lösungen für jede Wertschöpfungskette zu finden.

2.6.2. Im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der auf den Empfehlungen des Berichts von Mario Draghi über die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit aufbaut, werden drei Kernbereiche mit Handlungsbedarf (Innovation, Dekarbonisierung und Wettbewerbsfähigkeit sowie Sicherheit und Resilienz) sowie fünf bereichsübergreifende Ziele ausgemacht: Vereinfachung, Abbau von Binnenmarkthindernissen, Finanzierung der Wettbewerbsfähigkeit, Förderung von Qualifikationen und hochwertigen Arbeitsplätzen sowie Harmonisierung und Koordinierung der politischen Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene. Angestrebt wird damit eine beispiellose Verringerung des Verwaltungsaufwands, von dem gerade die europäischen KMU profitieren werden. Weiterhin soll es auch ein Instrument zur Koordinierung der Wettbewerbsfähigkeit geben, um die Mitgliedstaaten bei der Zusammenarbeit in Vorhaben von gemeinsamem strategischen Interesse zu unterstützen.

3. **Besondere Bemerkungen**

3.1. Wenn bei den Ursachen der Deindustrialisierung und der Krise bezüglich der Lebenshaltungskosten angesetzt wird, kann Europa die Gelegenheit nutzen, um seine Wirtschaft neu zu beleben, seine Arbeitskräfte zu qualifizieren und die Lebensqualität seiner Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Es folgt ein Überblick über wichtige Aspekte und Chancen:

Für Unternehmen:

3.1.1. Die Reindustrialisierung bietet die Möglichkeit, Spitzentechnologien zu nutzen, **Innovationen** zu fördern und die globale **Wettbewerbsfähigkeit** zu steigern. Die europäische Industrie kann beim ökologischen und digitalen Wandel führend werden.

3.1.2. Durch die Neubelebung des verarbeitenden Gewerbes und die Rückverlagerung der Produktion in die EU können Unternehmen die Risiken aufgrund von Störungen der globalen **Lieferkette** mindern und die Kosten stabilisieren.

3.1.3. Die Einführung **nachhaltiger Verfahren** im Einklang mit den Klimazielen der EU kann neue Märkte für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen erschließen.

Für Arbeitnehmer:

3.1.4. Durch eine neuerliche Aufwertung der Industrie können **gut bezahlte und stabile Arbeitsplätze** in verschiedenen Sektoren gesichert werden, wodurch die durch die Deindustrialisierung verschärften Beschäftigungsprobleme gekontert werden.

3.1.5. Investitionen in die **allgemeine und berufliche Bildung** sorgen dafür, dass die Arbeitnehmer den Anforderungen gerecht werden können, die heute in der Industrie an sie gestellt werden.

3.1.6. Lokal verankerte und widerstandsfähige Industrieansiedlungen bieten **stabile Beschäftigungsmöglichkeiten** und verringern die Abhängigkeit von volatilen globalen Märkten.

3.1.7. Mit einem Schwerpunkt auf nachhaltigen und ethischen Praktiken können Beschäftigte von **besseren Arbeitsbedingungen** und höherer Arbeitsplatzsicherheit profitieren.

Für die Menschen:

3.1.8. Eine florierende Industrie fördert die allgemeine **wirtschaftliche Stabilität**, verbessert den Lebensstandard und verringert die Armut.

3.1.9. Die Industrie bietet gute Arbeitsplätze, die zusammen mit dem Steueraufkommen der Industrie **öffentliche Investitionen** in Infrastruktur und Dienstleistungen sichern.

3.1.10. Revitalisierte Industriegebiete können zu einer besseren Infrastruktur, besseren öffentlichen Dienstleistungen und einer **dynamischen lokalen Wirtschaft** führen.

3.2. Insgesamt bietet die Reindustrialisierung erhebliche langfristige Vorteile. Sie ist jedoch auch eine Aufgabe, die koordinierte Anstrengungen seitens der EU und der Mitgliedstaaten, eine durchdachte Politik und strategische Planung erfordert:

3.2.1. Die Anwerbung und Bindung qualifizierter Arbeitskräfte ist eine der größten Herausforderungen. Die Industrie konkurriert mit anderen Wirtschaftszweigen um Spitzentalente. Daher muss sie stabile Arbeitsplätze, wettbewerbsfähige Gehälter und berufliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Der Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze ist eine begrüßenswerte Initiative der Europäischen Kommission, da gute Arbeitsplätze und menschenwürdige Arbeitsbedingungen von entscheidender Bedeutung sind, um Arbeitskräfte zu gewinnen. Darüber hinaus sollten Maßnahmen ergriffen werden, um arbeitsmarktferne Bevölkerungsgruppen – vor allem geht es um Frauen, junge Menschen und Migranten sowie andere schutzbedürftige Gruppen – zu mobilisieren und auszubilden und ihnen die erforderlichen Kompetenzen zu vermitteln. Darüber hinaus müssen die Mitgliedstaaten auf rationelle, unbürokratische Weise offen sein für die Aufnahme qualifizierter Arbeitskräfte aus Drittländern. Das setzt die Beschleunigung der Arbeitserlaubnisverfahren, die Anerkennung ausländischer Qualifikationen und die Gewährleistung der Gleichbehandlung voraus. Die EU sollte alles daransetzen, weltweit zum bevorzugten Ziel qualifizierter Arbeitskräfte zu werden.

3.2.2. Schulung der Arbeitnehmer und die Entwicklung sowohl technischer als auch sozialer Kompetenzen sowie klare Karriere- und Berufsaussichten: Der Wandel in der Industrie erfordert eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte, damit ihre Qualifikationen den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechen. Qualifizierte und belastbare Arbeitskräfte sind besonders in Branchen entscheidend, die den grünen und den digitalen Wandel vollziehen müssen. Der EWSA begrüßt die Forderung der Kommission, die Vorschriften über staatliche Beihilfen zu ändern und öffentliche Investitionen an Sozialauflagen zu knüpfen, um der Industrie im Hinblick auf einen gerechten Übergang bessere Anreize für Investitionen in Weiterbildung und Umschulung, hochwertige Arbeitsplätze und die Einstellung von Arbeitnehmern zu bieten. Die Union der Kompetenzen und der Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern sollen zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen. Diese Schulungen sollten eine EU-weite direkte automatische Anerkennung und Validierung der Kompetenzen von Arbeitnehmern ermöglichen, sobald diese von den Behörden eines Mitgliedstaats anerkannt worden sind. Dies wäre auch ein Beitrag zum Bürokratieabbau.

3.2.3. Der rasche technologische Fortschritt zwingt die Industrie zu ständiger Anpassung und Innovation. Die Unternehmen müssen sich dem digitalen Wandel stellen. Dazu gehört auch die Einführung neuer Technologien, mit besonderem Schwerpunkt auf einem robusten Cybersicherheitskonzept, um die Integrität der Daten und die uneingeschränkte Achtung der persönlichen Rechte zu gewährleisten.

3.2.4. Die Reindustrialisierung bei gleichzeitiger Dekarbonisierung ist eine schwierige Aufgabe. Die Industrie muss Wachstum mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit in Einklang bringen. Der Einsatz nachhaltiger Verfahren in industriellen Prozessen ist ausschlaggebend für die Einhaltung der Umweltvorschriften und die Erfüllung der Verbraucherwünsche. Dazu gehört die Einführung umweltfreundlicher Technologien, die Verringerung des CO_2-Fußabdrucks und die Förderung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft. Es ist notwendig, Anreize für kreislauforientierte Produkte und innovative Geschäftsmodelle auf der Grundlage der Kreislaufwirtschaft zu schaffen, damit sie im Wettbewerb mit hergebrachten, rentablen Geschäftsmodellen bestehen und „grüne“ und „saubere“ Produkte und Dienstleistungen erschwinglich machen können.

3.2.5. Regelungs- und Verwaltungsaufwand und grenzübergreifende Fragen: Das Regelungsumfeld und die behördlichen Genehmigungsverfahren in der EU gelten als komplex und aufwendig, und 32 % der europäischen Unternehmen sehen in den Vorschriften ein erhebliches Investitionshemmnis ([15]). Die Unternehmen klagen über große Befolgungskosten und verwaltungstechnische Verzögerungen bei den Genehmigungs- und Zulassungsverfahren, was ein Investitions- und Innovationshemmnis sein kann. Trotz des Binnenmarkts erschweren unterschiedliche nationale Vorschriften, Standards und Verfahren den Markteintritt und treiben die Kosten für die binnenmarktaktiven Unternehmen in die Höhe. Vereinfachung ist nicht gleichbedeutend mit Deregulierung. Es geht nicht darum, den Grünen Deal oder wichtige soziale Schutzmaßnahmen zu demontieren oder Europa stärker an die USA anzugleichen, sondern darum, Bürokratie abzubauen, die niemandem nützt.

3.2.6. Die Reindustrialisierung könnte neue Arbeitsplätze schaffen, allerdings auch zu einem technologiebedingten Verdrängungsprozess führen, in dessen Verlauf Automatisierung und fortschrittliche Technologien bestimmte Kategorien von Arbeitskräften ersetzen. Um diesbezüglich für Abhilfe zu sorgen, sind spezifische Umschulungs- und sozialpolitische Programme erforderlich.

3.2.7. Eine wettbewerbsfähigere Industrie kann einen erhöhten Druck seitens der globalen Wettbewerber auslösen. Um den Wettbewerbsvorteil nicht zu verlieren, sind kontinuierliche Innovations- und Investitionsanstrengungen erforderlich.

([15]) Jahresbericht 2025 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit, Europäische Kommission.

3.2.8. Der soziale Dialog, einschließlich Tarifverhandlungen, darf bei der Reindustrialisierung nicht vergessen werden, wenn ein partizipativer Ansatz gewährleistet werden soll. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten sich verpflichten, wettbewerbsfähige Schulungsprogramme zu schaffen und umzusetzen, die durch Tarifverhandlungen und Arbeitnehmerbeteiligung auf Unternehmensebene den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt fördern. In einem neuen Sozialvertrag sollten auch die organisierte Zivilgesellschaft, junge Menschen und insbesondere jene Regionen berücksichtigt werden, die am stärksten vom Wandel betroffen sind.

3.3. Rolle der Industrie als Motor für Innovation und Mehrwertdienste:

3.3.1. Die Industrie ist der Schlüssel zur Reindustrialisierung Europas und fördert Wirtschaftswachstum, Innovation und Nachhaltigkeit. Sie unterstützt den Aufbau hochwertiger Dienstleistungen, mindert die Lebenshaltungskostenkrise und wirkt der Deindustrialisierung entgegen, indem sie innoviert, die lokale Wirtschaft neu belebt, Arbeitsplätze schafft und die Bevölkerung ermutigt, in den Industriegebieten zu bleiben.

3.3.2. Die Industrie ist eine **Innovationskraft**, die häufig eine Vorreiterrolle bei der Erforschung und Entwicklung neuer Technologien und Verfahren einnimmt. Ihre Innovationen können auf andere Sektoren ausstrahlen und eine Kultur der stetigen Verbesserung und des technologischen Fortschritts fördern.

3.3.3. Die Industrie fördert häufig **Mehrwertdienste**, die die gesamte Wertschöpfungskette verbessern. Das reicht von fortgeschrittenen Fertigungstechniken bis hin zu Kundendienstleistungen, was zur Senkung der Produktionskosten beiträgt und zu hochwertigeren Produkten und einer größeren Kundenzufriedenheit führt.

3.3.4. Arbeitsplätze in der Industrie, insbesondere in der Spitzentechnologie und im spezialisierten verarbeitenden Gewerbe, bieten im Vergleich zu vielen Arbeitsplätzen in den Dienstleistungsbranchen tendenziell **höhere Löhne**. Dies könnte den Lebensstandard verbessern und Einkommensungleichheiten verringern.

3.3.5. Die Industrie bietet gute Chancen für die **berufliche Entfaltung** und den beruflichen Werdegang. Die Arbeitnehmer können von kontinuierlichem Lernen, dem Ausbau von Kompetenzen und der Aussicht auf beruflichen Aufstieg profitieren.

Brüssel, den 18. Juni 2025

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
Oliver RÖPKE